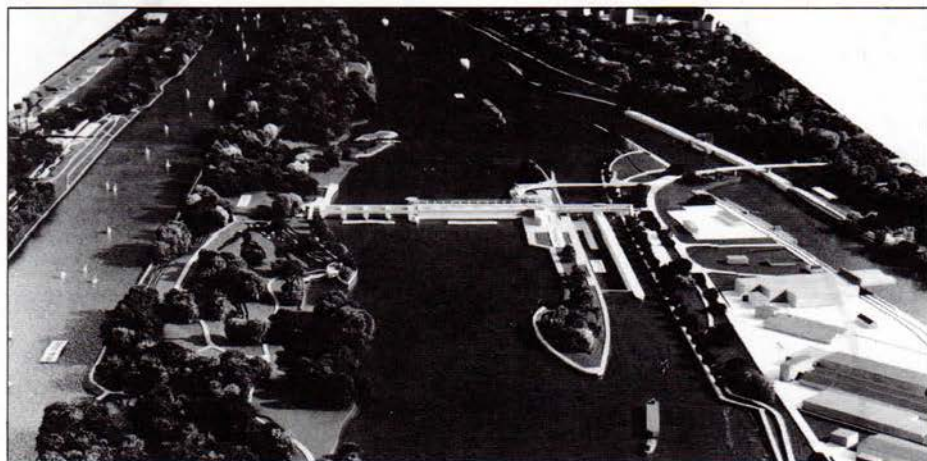


kurz&bündig

ARGUMENTE

Volksbefragung in Wien: Ja zum Donaukraftwerk



Vom 14. bis 16. Mai 1991 wird in Wien eine Volksbefragung über die Errichtung eines Donaukraftwerkes im Osten Wiens und die EXPO durchgeführt.

Worum geht es beim Ausbau der Donau im Bereich Wien?

Nach einem mehrjährigen Diskussionsprozeß, an dem sich Energiewirtschaftler,

Ökologen und Wasserexperten intensiv beteiligten, nach der Durchführung eines Architektenwettbewerbs und einer Prüfung des Kraftwerksprojekts durch die Universität für Bodenkultur ist klar geworden, daß es mehrere Gründe sind, die für den Bau des Donaukraftwerkes Wien sprechen, ja ihn geradezu unentbehrlich machen.

Erstens ist es notwendig, den stürmisch wachsenden Stromverbrauch aus in-

ländischen Quellen zu decken. Zweitens müssen flußbauliche Maßnahmen gesetzt werden, um die Eintiefung des Donaubettes und die damit verbundene Absenkung des Grundwasserspiegels aufzuhalten. Und drittens ist es für die Flußschifffahrt notwendig, die Donau als Transportweg zu verbessern.

Stichwort Energie: Es läßt sich nicht wegdiskutieren, daß der Stromverbrauch in Österreich Jahr für Jahr, und zwar kräftig, steigt: Im abgelaufenen Jahr erhöhte er sich im Ausmaß etwa der zweifachen Leistung eines Kraftwerkes in der Größenordnung von Wien-Freudenau.

Der Stromverbrauch steigt und steigt und steigt . . .

Jüngste Daten bestätigen, daß sich das Wachstum des Stromverbrauchs sogar noch beschleunigt: Stieg der Verbrauch von elektrischer Energie 1990 um beachtliche 4,3 Prozent an, so erhöhte er sich im ersten Quartal 1991 sogar um 7 Prozent.

Im Zwölfmonatszeitraum Februar 1990 bis Jänner 1991 wurden in Österreich 50 Milliarden Kilowattstunden Strom verbraucht.

1983/84 war erstmals ein Höchstwert von 40 Milliarden Kilowattstunden erreicht worden.

Der Bedarf an elektrischer Energie erhöht sich also weiter, und zwar sehr kräftig. Es bleibt gar nichts anderes übrig, als neue Kraftwerke zu bauen.

Daß dabei der Wasserkraft der Vorzug zu geben ist, wird selbst von vehementen Kraftwerksgegnern nicht mehr bestritten. Denn kalorische Kraftwerke bedeuten CO₂-Emissionen, und sie bedingen in der Regel eine Ausweitung der Kohle- und Rohölimporte.

Grundwasserschutz und Schifffahrt

Doch bei der Errichtung des Kraftwerkes im Osten der Bundeshauptstadt geht es nicht nur um Energieerzeugung, sondern auch um Grundwasserschutz und Schifffahrt.

Denn als Folge der Begradigung der Donau vor hundert Jahren ist die Fließgeschwindigkeit des Flusses hoch und verursacht jährlich eine Eintiefung des Flußbettes um zwei bis drei Zentimeter.

Das ist die Ursache dafür, daß der Grundwasserspiegel in einigen Teilen Wiens sinkt.

Der Kraftwerksbau wird diese Folge der Donauregulierung wieder ins Lot bringen.

Nach der Errichtung des Kraftwerks werden aber auch die Donauschiffe bessere Schifffahrtsbedingungen in und um Wien vorfinden. Wien kann dann ein wichtiger Hafen an der Wasserstraße zwischen dem Schwarzen Meer und Rotterdam werden, die nach der Fertigstellung des Rhein-Main-Donau-Kanals entsteht.

Die Wiener profitieren aber noch in anderer Form vom Kraftwerksbau: Künftig

wird es nämlich auch bei Hochwasser keine Kellerüberflutungen im 2. und 20. Bezirk mehr geben – vorausgesetzt, das Kraftwerk wird gebaut.

Politischer Zankapfel

Bedauerlicherweise ist das Kraftwerksvorhaben allerdings in den Sog des Wiener Parteienstreites hineingezogen worden. Nicht um die Sache geht es, sondern um politische Profilierung. Daher wurde der Stadtverwaltung auch eine Meinungsbefragung politisch aufgezwungen. Jetzt geht es darum, daß die Wiener mithelfen, eine große Chance für Umwelt und Stadtentwicklung zu nützen.

Die Sache selbst ist auch aus ökologischer Sicht längst klar: Das Umweltgutachten der Universität für Bodenkultur schreibt den Kraftwerksbauern zwar mehr als 100 Auflagen vor. Sie reichen von der Neustrukturierung der Uferlinie über Buchten, Bau- und Vorschüttungen bis zur laufenden Kontrolle der Wasserqualitäten. Doch in dem Gutachten ist auch unmißverständlich festgehalten, daß „keine bauausschließenden Gründe“ vorliegen – obwohl eine besonders kritische Prüfung, auch vom ökologischen Standpunkt, stattgefunden hat.

Das Einreichungsprojekt wurde nämlich aus Sicht von Wasserbau und Hydrologie, Gewässerschutz und Siedlungswasserbau, Limnologie, Gewässergüte und Fischökologie, Raum- und Verkehrsplanung, Schifffahrt und Landschaftsgestal-

tung, Botanik, Zoologie und Klimatologie überprüft. Die Zahl der Auflagen hält sich in jenem Umfang, der heute bei Kraftwerksbauten üblich ist, und wird, darauf kann sich jeder Kritiker des Projekts verlassen, von den Donaukraftwerken wohl auch peinlichst genau eingehalten werden.

Es darf durchaus angenommen werden, daß die Gegner des Kraftwerksprojekts in den letzten Wochen vor der Volksbefragung die Öffentlichkeit mit einer Reihe von Argumenten umzustimmen versuchen werden. Je weniger Wiener ihre Meinung deponieren, um so eher können die Gegner des Projekts die Volksbefragung als Mißerfolg bezeichnen. Davon sollte man sich jedoch nicht beirren lassen. Die Errichtung des Kraftwerks Wien-Freudenau ist die natürliche, logische und wasserbaulich notwendige Fortsetzung der bereits bestehenden Kraftwerkskette an der Donau. Sie muß aus wasserbaulichen, energiepolitischen und ökologischen Gründen vollendet werden.

„Wer A sagt, muß auch B sagen“, heißt ein altes Sprichwort. Beim Wasserbau bedeutet dies: Wer den Hochwasserschutz will, muß Ja zur flußbaulichen Gestaltung sagen. Wer preisgünstigen und umweltfreundlich produzierten Strom verbraucht, darf sich nicht gegen die Errichtung von Erzeugungsanlagen sperren. Und wem das Grundwasser Wiens wirklich am Herzen liegt, der muß auch die Durchführung der notwendigen Maßnahmen im Zuge des Kraftwerksbaus befürworten.

Die Volksbefragung in Wien wird selbstverständlich ein Signal für die gesamte zukünftige Energiepolitik sein. Daher ist es wichtig, daß sich an der Befragung genügend Personen beteiligen.

Das massive „Ja“ zur Wasserkraft, zur umweltfreundlichen Stromerzeugung, zu vernünftigem Gewässerschutz und zum Ausbau der Infrastruktur muß kräftig genug sein, um eine über das Projekt

hinausreichende politische Wirkung zu erzielen.

Wer auf sein Votum verzichtet, darf sich nicht wundern, wenn Politiker auch in Zukunft bei notwendigen Entscheidungen schwach werden und lieber ein populistisches „Nein“ als ein klares „Ja“ sagen.

Deshalb: Hingehen und „Ja“ sagen. Der Umwelt und der Vernunft zuliebe!

kurz&bündig
ARGUMENTE

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger:

Vereinigung Österreichischer Industrieller.

Redaktion: Dkfm. Milan Frühbauer,

Dr. Viktor Bauer.

Beide: 1031 Wien, Schwarzenbergplatz 4,

Wien III, Telephon 711 35.

Hersteller: Mechitharisten-Druckerei, 1070 Wien,

Mechitharistengasse 4, Wien VII.